

Das Abonnement
auf dies mit Ausnahme der
Sonnstage täglich erscheinende
Blatt beträgt vierteljährlich
für die Stadt Posen 1 1/2 Thlr.,
für ganz Preußen 1 Thlr.
24 1/2 Sgr.
Bestellungen
nehmen alle Postanstalten des
In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Inserate

(1/4 Sgr. für die fünfgespal-
tene Zeile oder deren Raum;
Reklamen verhältnismäßig
höher) sind an die Expedi-
tion zu richten und werden
für die an demselben Tage er-
scheinende Nummer nur bis
10 Uhr Vormittags an-
genommen.

Amtliches.

Berlin, 16. Oktober. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Dem Kreiswundarzt Butter zu Wittlich im Regierungsbezirk Trier den Rothern Adlerorden vierter Klasse und dem Schullehrer, Organisten und Klavieristen zu Langenweddingen im Kreise Wetzlar das Allgemeine Ehrenzeichen zu verleihen; ferner dem ersten diensttunenden Kammerherrn der verstorbenen Königin Majestät, Oberlieutenant a. D. Grafen Rind von Rindenstein, die Erlaubnis zur Anlegung des von des Königs von Sachsen Majestät ihm verliehenen Komthurkreuzes zweiter Klasse des Albrechtsordens zu ertheilen.

Der Landgerichts-Referendarus Wilhelm Peter Seraphim Klein aus Düsseldorf, ist auf Grund der bestanden dritten Prüfung zum Advokaten im Bezirke des königlichen Appellationsgerichtshofes zu Köln ernannt worden.

Der Rektor Dr. Meyer zu Carlouis ist an das Gymnasium zu Trier als ordentlicher Lehrer verlegt worden.

Am Gymnasium zu Stettin ist die Anstellung des Schulamtskandidaten Lemde als Kollaborator genehmigt worden.

Am Gymnasium zu Neu-Stettin ist der Schulamtskandidat Dr. Hermann Heinze als ordentlicher Lehrer angestellt worden.

An der königstädtischen Realschule zu Berlin ist die Anstellung des Schulamtskandidaten Dr. Kake als ordentlicher Lehrer genehmigt worden.

An der Realschule zu Magdeburg ist die Anstellung des Dr. Friedrich Stephan als ordentlicher Lehrer genehmigt worden.

Telegramme der Posener Zeitung.

Paris, Donnerstag 16. Oktober. Der heutige „Moniteur“ enthält ein Dekret, durch welches Rouin de l'Isle zum Minister der auswärtigen Angelegenheiten ernannt wird an Stelle Thouvenels, dessen Demission angenommen ist.

Berlin, 15. Oktober. Die „Bölnische Zeitung“ sagt in ihrem heutigen Leitartikel:

Der Zustand Preußens ist beklagenswerth. Das hat der neue Ministerpräsident Herr v. Bismarck-Schönhausen in der Rede, mit welcher er im Namen Sr. Majestät des Königs die zweite diesjährige Session des Landtages schloß, selbst eingestanden. Ohne daß die Verfassung des preussischen Staates vom 31. Januar 1850 aufgehoben wäre, werden ihre wichtigsten Bestimmungen nicht mehr ausgeführt. Die Bestimmung, kraft welcher alle Einnahmen und Ausgaben des Staates im Voraus veranschlagt und auf den jährlich durch ein Gesetz festzustellenden Staatshaushalts-Etat gebracht werden sollen, ist zwar nie so ganz genau innegehalten worden, was beiläufig bemerkt, auch in England nicht zu geschehen pflegt. Auch dort kommt es vor, daß einzelne Positionen des Budgets erst nach dem 1. April bewilligt werden; aber niemals ereignet es sich und kann es sich ereignen, daß, wie in diesem laufenden Jahre in Preußen, gar kein Budget zu Stande kommt, weil es von den Lords, oder von der Regierung selbst verworfen wird. Und es ist nicht wahr, daß in Preußen über das wichtigste Recht des Parlaments, das Selbstbewilligungsrecht, andere verfassungsmäßige Bestimmungen herrschen, als in England, Belgien und anderen konstitutionellen Staaten. Auch dort müssen die drei Staatsgewalten sich über den öffentlichen Haushalt vereinigen. Wenn der Regierung das Haus der Gemeinen nicht freigebig genug scheint, so kann sie den Versuch machen und löst das Haus auf. Mißlingt der Versuch, bewilligt das neue Haus nicht mehr, als das aufgelöste, so ist das Budget endgültig festgestellt, wenn es der Form nach auch noch durch das Oberhaus gehen muß. Das Recht des Oberhauses über Geldangelegenheiten ist so eng wie möglich begrenzt. Man erinnert sich des Sturmes, welcher sich in England erhob, als vor zwei Jahren das Oberhaus eine Bill verwarf, durch welche die Papiersteuer aufgehoben werden sollte. Es ward dazu ermuntert, weil die Bill im andern Hause nur mit ein paar Stimmen durchgegangen war und es sich herausgestellt, daß Herr Gladstone sich wieder einmal verrechnet hatte und der Staat jene Einnahme nicht entbehren könne. Die Papiersteuer ist freilich inzwischen dennoch aufgehoben, und das englische Haus der Abgeordneten wahrte am 6. Juli 1860 seine Machtvollkommenheit durch drei vom Premierminister selbst vorgeschlagene Resolutionen, deren erste lautet: „daß das Recht, Geldhülsen und Subsidien der Krone zu bewilligen, den Gemeinen allein, als ein wesentlicher Theil ihrer Verfassung, angehört, und die Begränzung all solcher Bewilligungen in Bezug auf Gegenstand, Art, Maaß und Zeit nur bei ihnen steht.“

Es handelte sich, wie gesagt, um ein einzelnes Finanzgesetz. Davon, daß das Oberhaus das ganze vom Unterhause festgestellte Budget verwerfen könne, von dieser Möglichkeit hat man in England keine Vorstellung. Aber daß die Regierung selbst erklären könne: dieses Budget genügt mir nicht, ich verwerfe es! darüber lacht man nicht bloß in England, sondern in der ganzen Welt aus vollem Halse. Es kann auch nichts Lächerlicheres erfunden werden. Denn wozu dann die ganze Verathung? Die Regierung könnte ja nur einfach bei Vorlage des Budgets erklären, nicht bloß, daß nach ihrer gewissenhaften Ueberzeugung gar nicht sparsamer regiert werden könne — das thut natürlich jede Regierung bei Vorlage jedes Budgets —, sondern daß sie auch ein anderes Budget nicht genehmigen werde. Wozu bei so bewandten Umständen noch die überflüssige Farce, Volksvertreter zu wählen, sie nach der Hauptstadt zu schicken und sie, wer weiß wie lange, für nichts und wieder nichts über einen Staatshaushalt berathen lassen, den die Regierung bereits festgelegt hat? Seit den ältesten Zeiten haben die Stände bei allen germanischen Völkern das Selbstbewilligungsrecht als selbstverständlich ausgeübt. Niemand hat daran zweifelt, daß die Vertreter des steuerzahlenden Volkes es sind, welche die Leistungen des Volkes zu bestimmen haben. Wenn die Regierung mehr fordert, so kann sie alle ihr zu Gebote stehenden Mittel aufwenden, um ihre Forderungen durchzusetzen; aber es versteht sich von selbst, daß sie zuletzt mit dem zufrieden ist, was sie erreichen kann. Wenn sie mehr fordert, so schließt diese Forderung das Mindere von selbst ein, und die Zustimmung der Regierung ist selbstverständlich. Diese Zustimmung ist

aber auch streng nothwendig; denn das Budget muß nach der Verfassung alle Jahre zu Stande kommen, und die Regierung braucht es, um zu regieren. Und es ist ein alter unanfechtbarer Rechtsgrundsatz, daß, wo Mehrere einen gemeinschaftlichen Beschluß zu fassen haben, das Recht der Verweigerung vorgeht.“

Dagegen befindet sich die „Kreuzzeitung“, nach ihren eignen Worten, jetzt nicht in gedrückter Stimmung über den Konflikt, sondern, wie Herr v. Below, in „gehobener Stimmung“, weil der Bruch mit der Demokratie ausgesprochen ist.

Deutschland.

Preußen. AD Berlin, 15. Oktober. [Oktroyirungs-gerichte; die Ressortverhältnisse der Ministerien; Fortschritts-Kandidaturen.] Dem stürmischen Sessionschluß ist augenblicklich eine gewisse Stille gefolgt. Es scheint, daß die verschiedenen Parteien jetzt vor Allem darauf hinarbeiten werden, das Vereinswesen auszubereiten und fester zu organisiren, um für etwaige Neuwahlen rechtzeitig gerüstet zu sein. Das Gerücht einer nahe bevorstehenden Auflösung des Abgeordnetenhauses ist vielfach verbreitet, und daran knüpft sich die Befürchtung umfassender Oktroyirungen, welche die Regierung vermeintlich beabsichtigen soll, um ein ihr günstiges Wahlergebnis zu erzielen. Nach den Mittheilungen, welche mir von zuverlässiger Seite zugehen, muß ich annehmen, daß alle diese Gerüchte zur Zeit weder in den Beschläffen, noch in den Erwägungen des Ministeriums eine Grundlage haben. Vollends undenkbar ist, daß die Regierung damit umgehe, die Diäten der Abgeordneten in Wegfall zu bringen. Das Prinzip der Diäten ist bekanntlich verfassungsmäßig festgestellt, und zwar in der Weise, daß kein Abgeordneter auf die Zahlung derselben verzichten darf. Es heißt denn doch dem Ministerium eine ganz besondere Leidenschaft für Staatsstreich ohne Noth zutrauen, wenn man auf diesen Punkt einen Verfassungsbruch in das Blaue hinein erwartet. Einige Andeutungen, die im „Volksverein“ und im Herrenhause gehalten sind, haben offenbar zu dem Gerücht Veranlassung gegeben.

Die Angelegenheit wegen Regelung der Ressortverhältnisse zwischen den Ministerien der Finanzen, des Handels und der Landwirtschaft scheint wieder eine andere Wendung genommen zu haben. Wie es heißt, war von sehr einflussreicher Seite der Gedanke angeregt worden, die landwirtschaftlichen Angelegenheiten dem Handelsamt zuzuwenden und einen Theil der dem letztern Ressort zugehörigen Geschäfte dem Finanzdepartement zu übertragen. Gegen diesen Plan sind jedoch von Seiten der meisten Minister ernste Bedenken erhoben worden, in deren Folge wohl das alte Verhältnis in Betreff der Zahl der Departements und der Vertheilung der Ressorts beibehalten wird. Es sollen daher wieder Unterhandlungen wegen Belegung des erledigten Departements eingeleitet sein. Da Graf Ikenpflug geneigt scheint, die Verwaltung des Handelsamtes definitiv zu übernehmen, so wird das Portefeuille der landwirtschaftlichen Angelegenheiten an einen geeigneten Kandidaten zu vergeben sein. Zwei Notabilitäten der Fortschrittspartei, welche bisher jedes Mandat abgelehnt haben, nämlich die Herren Johann Jakob und v. Unruh sollen sich bereit erklärt haben, eine Wahl in das Abgeordnetenhaus anzunehmen. Man glaubt, daß sie nächsten in Elbing und Breslau zu kandidiren Gelegenheit haben werden.

[Berlin, 15. Oktober. [Vom Hofe; Verschiedenes.] Der König empfängt jetzt täglich Deputationen aus den Provinzen, welche Ergebnissadressen überbringen. Die Mitglieder derselben sind Gutsherrn, Geistliche, Lehrer, Handwerker etc. Auch für morgen haben bereits wieder mehrere Deputationen eine Audienz nachgesucht. Gestern Abends war der König kurze Zeit in der Oper und fuhr dann 7 3/4 Uhr nach Schloß Babelsberg. Heute wurde in der Friedenskirche zu Sanssouci zum Gedächtniß des Geburtstages des hochseligen Königs Friedrich Wilhelm IV. eine gottesdienstliche Feier vom Hofprediger Heym gehalten, an welcher der König, die Königin-Wittve und die hier anwesenden Mitglieder des Königshauses, sowie der General-Feldmarschall v. Wrangel, die Generale v. Grabow, v. Neumann, v. Bonin, v. Willisen, v. Alvensleben, der russische Militärbevollmächtigte General Graf Adlerberg, Oberst-Kammerherr Graf Redern, die Geheimräthe Maire und Costenoble, der Chef-Präsident des Ober-Tribunals, Uhden, der Kammergerichts-Präsident a. D. v. Kleist etc. theilnahmen. Nach beendeter Feier verweilten die hohen Herrschaften längere Zeit in der Sakristei an der Ruhestätte des hochseligen Königs und legten dort Blumen und Kränze nieder. Später wurden auch der frühere Hofstaat, die alte Dienerschaft etc. zugelassen. — Die Familientafel fand auf Schloß Babelsberg statt. Morgen Vormittags will der König von dort nach Berlin kommen, um hier die gewöhnlichen Vorträge entgegenzunehmen und die angemeldeten Deputationen zu empfangen.

Am 4. Noobr. geht der König mit den königlichen Prinzen und anderen fürstlichen und hochgestellten Personen über Magdeburg, Wolmirstedt etc. nach der Lezglinger Forst und hält dort an den darauf folgenden 3 Tagen Hofjagden ab. Am 7. erfolgt die Rückkehr nach Berlin. — Die Königin, welche sich über Karlsruhe nach Trier begeben hat, geht morgen von dort nach Koblenz. — Der Kronprinz hat seinen früheren Adjutanten, den Major v. Schweinitz, welcher gegenwärtig in Wien Militärbevollmächtigter ist, aufgefordert, seiner Begleitung auf der Reise nach Italien etc. sich anzuschließen. Herr v. Schweinitz ist gestern Abends nach Marseille abgereist. Die Frau Kronprinzessin wünscht namentlich den Major bei ihren Zeichnungen zur Seite zu haben. — Die hier anwesenden Deputationen machen auch dem Ministerium ihre Aufwartung und bitten dasselbe, zum Heile des Landes auf dem vorgeschlagenen Wege zu verharren. Die Deputationen sind meist alle in den ersten Hotels abgestiegen. Die Führer sind meist ehemalige Militärs. — Der bisherige Handelsminister v. Holzbrunn bereitet schon seine Abreise von Berlin vor. Sein Nachfolger ist noch immer nicht bekannt. — Der Ministerpräsident v. Bismarck hat sich jetzt entschlossen, seine Wohnung im

auswärtigen Amt zu nehmen, weil dasselbe mit allem Hausgeräth ausgestattet ist und dieses im Hotel des Ministeriums fehlt. Auf diesen Entschluß hat die Frau Gemahlin eingewirkt. Herr v. Sydow, der bereits den Seitenflügel bezogen hat, wird nun wieder Platz machen müssen. — Im auswärtigen Amt wird gegenwärtig sehr angestrengt gearbeitet und konferirt Herr v. Sydow wiederholt täglich mit dem Ministerpräsidenten.

C. S. Berlin, 14. Oktober. [Zur Verfassung.] Von Interesse erscheint uns folgendes Urtheil über das monarchische Prinzip der repräsentativen oder sogenannten konstitutionellen Monarchie: Schon aus dem Begriffe der repräsentativen oder sog. konstitutionellen Monarchie folgt selbstverständlich, daß das monarchische Prinzip an der Spitze des Systems stehen, d. h. daß der Souverain eine Stellung im Staate einnehmen muß, welche ihm möglich macht, als wahrer Staatsherrscher zu handeln, d. h. den Staat zu regieren, wie dies überdies die Wiener Schlussakte für die deutschen Staaten positiv ausgesprochen hat. Schon aus diesem, sowie auch aus dem geschichtlichen Grunde, daß die Einrichtung einer allgemeinen Landesvertretung eine neue, und nur auf uralten Grundlagen eingeführte Institution des deutschen Staatsrechts ist, ergibt sich als principiell feststehend die rechtliche Vermuthung dafür, daß der Souverain alle Hoheitsrechte unbeschränkt und ohne Mitwirkung der Landesvertretung soweit auszuüben befugt ist, als nicht ein Recht dieser letzteren zur Mitwirkung bei der Ausübung eines Hoheitsrechtes positiv begründet ist, und uraltdurch nachgewiesen werden kann. Dieser Grundfals ist in den meisten Verfassungsurkunden positiv anerkannt. Z. B. Bayern, V. U. 1818 Tit. II. §. 1. „Der König ist das Oberhaupt des Staates, vereinigt in sich alle Rechte der Staatsgewalt und übt sie unter den von ihm gegebenen und in der gegenwärtigen Verfassungsurkunde festgesetzten Bestimmungen aus.“ Tit. VII. §. 1. „Die beiden Kammern können nur über jene Gegenstände in Verathung treten, die in ihren Wirkungskreis gehören, welcher in den §§. 2—19 näher bezeichnet ist.“ — Im Wesentlichen stimmen überein: Baden V. U. 1818 §. 5 und 50. — Württemberg V. U. 1819 §. 4. und 124. „Die Stände sind berufen, die Rechte des Landes in dem durch die Verfassung bestimmten Verhältnisse zum Regenten geltend zu machen.“ — Großherzogthum Hessen, V. U. 1820 §. 4. und 66. „Die Stände sind nur befugt, sich mit denjenigen Gegenständen zu beschäftigen, welche die nachfolgenden Artikel zu ihrem Wirkungskreise verweisen. Die Ueberschreitung ist ebenso zu betrachten, wie eine willkürliche Vereinigung.“ (d. h. sie ist nach § 63 gesetzwidrig und strafbar.) — Sachsen-Meiningen, V. U. §. 3. und §. 80 u. f. — Königreich Sachsen, V. U. 1831 §. 4. u. §. 79. „Die Angelegenheiten, welche vor die Ständeversammlung gehören, sind in dieser Verf. Urkunde bestimmt verzeichnet.“ — S. Altenburg, V. U. 1831 §. 4. 162, 199 u. f. — Braunschweig, n. L. D. 1832 §. 3, 57, 95 u. f. — Hannover, V. U. 1840 §. 5. „Der König vereinigt als Souverain die gesammte Staatsgewalt ungetheilt in sich, und wird durch die landständische Verfassung nur in der Ausübung bestimmter Rechte an die Mitwirkung der Stände gebunden.“ Fast wörtlich stimmt hiermit überein: Schwarzburg-Sondershausen, Gesetz vom 2. August 1852 §. 12, wodurch der §. 49 der Verfassung von 1849 aufgehoben wurde, welcher lautete: „Der Fürst ist das Oberhaupt des Staates. Er hat diejenigen Rechte der Staatsgewalt, welche ihm die Verfassung und die Kraft derselben gegebenen Gesetze beilegen, auf verfassungsmäßige Weise auszuüben.“ — Kurhessen, V. U. 1852 §. 8, 70. — Oldenburg, rev. V. U. 1852 Art. 4, §. 2. Art. 127 u. f. — Waldeck, V. U. 1852 §. 3. — S. Koburg-Gotha, V. U. 1852 §. 69. — Da die Bundesgesetzgebung unterlassen hat, die Hoheitsrechte einzeln aufzuzählen, bei deren Ausübung eine Mitwirkung der Landstände zulässig ist, und da sie auch über das Maaß dieser Mitwirkung (und zwar sowohl in Bezug auf das Maximum als das Minimum derselben) keine ausdrückliche Vorschrift enthält, so ist hierdurch allerdings und absichtlich ein gewisser Spielraum gegeben, innerhalb dessen verschiedene Bestimmungen in den Landesverfassungen vorkommen können und dürfen. So viel nun aber die bundesgesetzlichen Schranken dieses Spielraums für die landesverfassungsmäßigen Bestimmungen anbelangt, so läßt sich aus den Verhandlungen des Wiener Kongresses (1815) soviel mit Sicherheit erkennen, daßes für keine bundesvertragswidrige Beschränkung des monarchischen Prinzips zu achten ist, wenn eine Landesverfassungsurkunde den Landständen eine entscheidende Stimme bei der Gesetzgebung, der Aufstellung des Budgets über die Staatsbedürfnisse, bei der Verwilligung der Steuern sowie die Aufsicht auf die Verwendung der Staatseinkünfte und das Recht der Beschwerdeführung und Klage wegen verfassungswidriger Handlungen der Beamten, insbesondere der Minister, einräumt. Dagegen ist nach den Grundgedanken der repräsentativen oder sogenannten konstitutionellen Monarchie, sowie auch nach den in der Bundesversammlung bei Beurtheilung der einzelnen Landesverfassungen bisher eingehaltenen Grundsätzen, das monarchische Prinzip in den Verfassungsurkunden der Einzelstaaten nur dann als vollständig gewahrt anzusehen, wenn die Verfassung weder prinzipiell noch stillschweigend eine Theilung der Gewalten, sei es in der Form der Volksouverainetät oder einer Kammerouverainetät neben der Fürstenouverainetät aufstellt.

(Fortsetzung morgen.)

Die große Aufregung, welche das gegen die Kompagnie, die ehemals der Hauptmann v. Besser kommandirte, gesallte kriegsrechtliche Urtheil hervorgerufen, hat vielfach im Publikum zu der Frage veranlaßt, welche strafbaren Handlungen sich die Kompagnie denn eigentlich habe zu Schulden kommen lassen. Diesen Fragen gegenüber, schreibt die „Ger. Z.“, ist es unsere Pflicht, durch Darstellung des Hergangs, soweit er durch Zeitungsnachrichten bekannt geworden, Aufklärung zu verschaffen. Die Kompagnie war, nachdem sie erst kurz vorher aufreißend vor ihrem Hauptmann exercirt hatte, zu einer ungewöhnlichen Zeit von Neuem zum Exerciren zusammenberufen worden. Sie trat an. Als der Hauptmann v. Besser aber das Kommando

„Gewehr auf!“ ertönen ließ, nahm auch nicht ein Mann das Gewehr auf. Lautlos mit düsteren Blicken behielt die ganze Mannschafft das Gewehr beim Fuß. Der Hauptmann stieg, kommandirte aber noch ein Mal. Keiner rührte sich. Jetzt traten die Offiziere zusammen und redeten den Leuten zu, doch gehoriam zu sein, aber „still und lautlos, einer Wetterwolke gleich“ stand die Kompagnie — Gewehr beim Fuß. Jetzt steckte der Hauptmann v. Besser seinen Degen ein und ging zum Major, ihm den Vorfall zu melden. Dieser erschien sofort, er kommandirte selbst und alle Griffe und Bewegungen wurden von den Mannschafften wie am Schnürchen gemacht. Der Major hielt nunmehr den Leuten die große Strafbarkeit ihres Ugehorsams vor, aber er predigte tauben Ohren. Sobald er kommandirte, gehorchte die Kompagnie wie auf einen Schlag, sobald der Hauptmann v. Besser einen Kommandoruf ertönen ließ, blieb die Kompagnie — Gewehr beim Fuß. Da blieb denn freilich nichts weiter übrig, als dieselbe abtreten zu lassen und zu entwaffnen. Die Allerhöchste Kabinettsordre, welche sich über diese Handlungsweise der Kompagnie ausspricht, lautet wörtlich: „Ich habe das Urtheil des Kriegsgerichts Graudenz wegen Aufwiegelung, Meuterei und Verneigerung des Gehorsams der 12. Kompagnie 8. Ostpreussischen Infanterie-Regiments Nr. 45 lediglich bestätigt, denn diese Verbrechen sind unerhört in der preussischen Armee und gestatten weder Entschuldigung noch Gnade. Babelsberg, 20. Sept. 1862. Wilhelm.“

— Das Gericht, daß es in der Absicht der Oberschlesischen Eisenbahn liege, den Bau der Bahn von Stargard nach Swinemünde auf eigene Kosten zu übernehmen, und daß darüber bereits Verhandlungen schweben, trat heute in so bestimmter Form auf, daß wir desselben wenigstens an dieser Stelle erwähnen wollen.

— Die „Vossische Zeitung“ enthält folgende Berichtigung: In der ersten Beilage S. 7 derselben Zeitungsnummer wird unter „Graudenz, 8. Oktober“ nach der Bromberger Zeitung die Nachricht mitgeteilt, daß der Hauptmann v. Besser zu einem kimonatlichen Festungsarrest verurtheilt sei und daß derselbe nach verbüßter Strafe in dasselbe Regiment als Kompagnieführer wieder eintrete. Diese Nachricht ist in ihren beiden Theilen völlig unwar. Berlin, den 12. Oktober 1862. Der Kriegs- und Marineminister v. Roon.

— Die 2. Deputation des Kriminalgerichts verhandelte gestern eine Anklage wegen Betruges gegen die Schriftsteller Salinger und Jacobsohn. Die Angeklagten hatten dem Theaterdirektor Wallner das Stück „Der Budist und sein Kind“ als Originalstück verkauft, während der literarische Sachverständigen-Verein entschieden hatte, daß es nur eine Abschrift des Stückes „Sie ist Gräfin“ von Hahn ist. Die Angeklagten wurden zu je 2 Monaten Gefängnis und 100 Thlrn. Geldbuße event. noch 2 Monaten Gefängnis und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte verurtheilt. (B. A. Z.)

— Auf der zu Anfang voriger Woche abgehaltenen Gnadauer Konferenz des kirchlichen Centralvereins für die Provinz Sachsen ist eine Ergebnissadresse an Se. Maj. den König beschlossen und mit zahlreichen Unterschriften versehen worden.

— (Abschiedsdiener.) Vorgestern Abends hatten sämtliche liberale Fraktionen des Hauses der Abgeordneten zum Abschied ein gemeinsames Abendessen; Präsident Grabow, Vizepräsident v. Bockum-Dolffs, die Abgg. v. Carlowitz, Gneist, v. Saucken-Julienfeld, Lette, Borcke, Schulze-Delitzsch, Waldeck und andere hervorragende Mitglieder der liberalen Majorität, sowie eine große Zahl anderer Abgeordneten von derselben Parteistellung wohnten diesem Abschiedsmahl bei; als Gäste waren Johann Jacoby, v. Unruh, Dr. Löwe u. A. zugegen; die hiesige Presse war zahlreich vertreten. Präsident Grabow brachte ein Hoch auf die liberale Partei aus, Herr v. Bockum-Dolffs trank auf das Wohl des Präsidenten Grabow, Waldeck auf das Wohl der Budgetkommission, Schulze-Delitzsch ließ die Presse leben; im Namen derselben dankte Dr. Zabel. Die Stimmung war eine sehr belebte und gehobene.

— Der Rittergutsbesitzer Röder zu Lichtenberg verbreitete im November 1861 zwei Flugblätter an die Wähler des Ober- und Nieder-Barnim'schen Kreises, in welchen die Staatsanwaltschaft eine Schmäbung des Adels und der konservativen Partei erblickte und in Folge dessen eine Anklage gegen den Rittergutsbesitzer Röder wegen Gefährdung des öffentlichen Friedens erhob. Das hiesige königliche Kreisgericht sprach jedoch, wie unsern Lesern noch erinnerlich sein wird, den Angeklagten frei, weil einmal eine bestimmte Mehrheit von Individuen, gegen welche zu daß und Verachtung angereizt sei vermisse, außerdem aber auch behauptet wurde, daß der Angeklagte nicht die Absicht einer Friedensstörung gehabt, vielmehr lediglich für Wahlen im

Sinne der liberalen Partei agitirt habe. Auf die gegen dies Urtheil vom Staatsanwalt eingelegte Appellation stand am 13. d. Audienz vor dem Kriminalsenat des Kammergerichts an. Den Vorsitz führt der Geheimsekreth Nicolovius, die Oberstaatsanwaltschaft wurde durch den Kreisrichter Goltz vertreten; Verteidiger war Rechtsanwalt Lenz. Nach Verlesung der beiden Wahlaufsätze führte der Staatsanwalt aus, daß die Gründe des ersten Urtheils nicht stichhaltig erschienen. Eine bestimmte Klasse von Individuen sei allerdings in den Flugblättern angegriffen, nämlich der Adel; der ganze Inhalt liefe in schwülstiger Form auf das französische Revolutionsstichwort „les aristocrates à la lanterne“ hinaus. Eine unbefangene Lektüre jedes beliebigen Passus ließe hierüber keinen Zweifel. Ebenso sei es unrichtig, wenn der erste Richter die Absicht einer Friedensgefährdung fordere, es genüge zur Anwendung des §. 100 des Strafgesetzbuchs ein Handeln mit dem Bewußtsein der daraus entspringenden Gefahr. Daß der Angeklagte dies gehabt habe, unterliege um so weniger einem Zweifel, als er sich selbst in der Appellationsbeantwortung als einen gewiegten Politiker hingestellt habe. Mit Rücksicht auf diesen Umstand und darauf, daß der Angeklagte selbst Staatsbesitzer sei, wurde eine Gefängnisstrafe von vier Wochen beantragt. Der Verteidiger erklärte den Adel durchaus nicht für angegriffen, der Angeklagte habe einfach seinen politischen Gegner bei der Wahl unterliegen lassen wollen, und dazu allerdings etwas starke Mittel angewendet. Bestimmte Persönlichkeiten seien aber nirgends verlegt. Daß der Adel als solcher nicht gemeint sei, ergebe, daß ein Edelmann, der Graf Hade, später vom Angeklagten gewählt sei, und daß das damalige Ministerium, welches er doch habe stützen wollen, aus Adligen bestanden habe. Im Uebrigen sei die Staatsanwaltschaft mit sich selbst nicht einig, denn die Tempelvertheilung der Wählerliste seien vom Stadtgerichte gleichfalls freigegeben, ohne daß dagegen appellirt worden sei. Der Verteidiger beantragte die Festsetzung des freisprechenden ersten Urtheils, event. doch nur Geldbuße auszusprechen. Aus der Entgegnung des Staatsanwalts ist noch zu bemerken, daß gegen den Schriftsteller Tempelvertheilung gleichfalls appellirt ist. Was das angebliche Stützen der Minister anbetreffe, so sei dies den neuesten Ereignissen gegenüber wohl nur scherzhaft zu deuten. Der Gerichtshof beriet ziemlich lange und verurtheilte dann, daß das erste Urtheil abgeändert und Angeklagter zu 100 Thlr. Geldbuße, im Unvermögensfalle einem Monat Gefängnis verurtheilt sei. In den Gründen wurde anerkannt, daß gegen den Adel als solchen agitirt worden, und daß es ganz gleichgültig sei, ob eine Friedensstörung wirklich eingetreten oder auch nur beabsichtigt sei, sofern dem Angeklagten das Bewußtsein der Tragweite seiner Schritte klar gewesen. Daran könne aber im vorliegenden Falle durchaus nicht gemindert werden.

— Die Eintragung der „Direktion der preussischen Hypotheken-Kredit- und Bankanstalt, Kommanditgesellschaft auf Aktien, Hermann Hensel“, in das Handelsregister ist einer ungewöhnlichen Form wegen beanstandet. Das Gericht hat es mindestens zweifelhaft befunden, ob die Firma den Bestimmungen des Handelsgesetzbuchs entspreche. Das Handelsgesetzbuch verordnet Art. 17: „Die Firma einer Kommanditgesellschaft muß den Namen wenigstens eines persönlich haftenden Gesellschafters mit einem das Vorhandensein einer Gesellschaft andeutenden Zusatz enthalten.“ Nach Auffassung der Gründer der Gesellschaft sind diese Erfordernisse bei der gewählten Firma berücksichtigt. Es ist deshalb sofort beim Königl. Kammergericht Beschwerde erhoben. Sollte diese wider Erwarten nicht Erfolg haben, so wird die Firma sofort geändert werden. (N. P. Z.)

Görlitz, 14. Oktober. [Domainen-Verkauf.] Das seitherige Staats-Domainengut Rietzchen, Kreis Rothenburg, ist, wie das hiesige „Tagesblatt“ meldet, nunmehr der Stadtkommune Görlitz zum Preise von 275,000 Thlr. zugeschlagen worden.

Hirschberg, 14. Oktober. [Gebirgs-Eisenbahn.] Zur Erwerbung des Grund und Bodens für den Bahnkörper hatte hiesiger Kreis 40,000 Thlr. aufzubringen; jetzt ist nun diese volle Summe aufgebracht, und damit ein sprechender Beweis geliefert worden, welch dringendes Bedürfnis diese Bahn für unsere bekanntlich arme Gegend ist.

Köln, 11. Oktober. [Die feierliche Einweihung des neuen Gebäudes der Realschule] wurde heute im Beisein des Herrn Oberpräsidenten v. Pommer-Esche und anderer Ehrengäste, so wie eines zahlreichen Publikums mit einer Messe in der S. Albankirche und einem Akt in der Aula der Schule begangen. Das neue Schulgebäude ist mit einem Kostenaufwande von mehr als 100,000 Thalern errichtet. Es enthält auf einer bebauten Grundfläche von 10,656 Quadratfuß 10 Klassenzimmer, einen Zeichenaal, einen Saal zum Gesangsunterricht, ein Auditorium für Physik und Chemie, ein chemisches Laboratorium, die nöthigen Räume zur Aufstellung der physikalischen Apparate, Sammlungen u., einen Saal für naturhistorische Sammlungen, ein Konferenzzimmer, zwei Bibliothekzimmer, eine Aula, Wohnung für den Direktor, desgleichen für den Pförtner und einen geräumigen Spielplatz.

ten Sänger kennen, dessen Stimme von überraschendem Umfange ist; marig und voll wie der Ton ist, schien er im Saale es bisweilen zu sehr zu sein, was jedoch auf der Bühne gewiß von größerer Wirkung ist. Eine höchst anerkanntenswerthe Biegsamkeit und Gewandtheit liegt in seinem sonoren Bariton, wie auch der Vortrag der Arie aus „Maometto“ von Rossini bewies; das slawische Volkslied, dessen Text mir jedoch dunkel blieb, da er russisch war, so gern wir ihn auch mittheilen möchten, zündete und elektrisirte allgemein. Jedenfalls lag Liebe mit ihren verschiedenen Phasen und Zwischenfällen darin, so viel verrieth wenigstens die Komposition. Deutsches Lied jedoch — nein, nein — trotz des besten Willens, wird und muß ihm weniger gelingen, weil die Seele desselben dem Sänger zu fern liegt. Die deutsche Sprache ist nicht sein Eigenthum und wo dies fehlt, da nützt alles Mühen nichts — fremd kommt's uns wie dem Sänger selbst vor. Es soll darin kein Vorwurf liegen, allein im Verstehen der Sprache liegt zugleich die richtige Auffassung, die unbedingt notwendig den Grund bildet, auf dem das deutsche Lied ruht. Italienischer Vortrag ist das eigentliche Element, in welchem sich Herr Pl. R. mit voller Lust bewegt; gleich dem Vogel, der im freien Aether seine Schwingen rührt, durchglüht den Sänger der volle Jubel, den ihm Italien gleichsam eingepflanz hat.

Beide Theile des Konzertprogramms wurden mit einem Triosatz von Beethoven und Reissiger eröffnet; das Piano hatte Frau v. Markowska übernommen, die seit einem Jahre sich hier als Klavierlehrerin niedergelassen hat. Durch das schöne Nocturn von Chopin, op. 48, das sie mit Eleganz vortrug, erntete auch sie den verdienten Beifall, wemgleich wir noch mehr sinnigen und zarten Hauch darüber wehen gewünscht hätten, wie ihn diese Spezies verlangt. Anerkennenswerth ist die Bereitwilligkeit, mit der sie das Konzert unterstützte, wofür wir unsererseits ebenfalls danken. Wir denken, daß sie sich als Klavierlehrerin beim Publikum auf würdige Weise eingeführt haben wird, dessen Gunst sie hiermit empfohlen sein möge.

Sollte sich die Aussicht noch verwirklichen, Fräulein Meyer und Herrn Plato-Radonecki auf der hiesigen Bühne zu hören, so verabsäume man doch ja nicht diese günstige Gelegenheit, die bei den Verhältnissen unseres hiesigen Theaters nicht allzuoft sich wiederholen dürfte.

R. Rambach.

Stettin, 13. Oktbr. Aus Pommern sind an das Herrenhaus folgende Petitionen um Ablehnung des Budgets, wie es aus dem andern Hause an das Herrenhaus gelangt ist, resp. um Aufrechterhaltung der Reorganisation des Heeres eingegangen: 1) des Obersten J. D. Lenz zu Stolp mit 84 Unterschriften, 2) des Gutsbesizers Döbel auf Zeinick, Kreis Saargig, mit 33 Unterschriften, 3) des Gutsbesizers v. Döbel-Braunsforth mit 75 Unterschriften, 4) des Major v. d. Burg zu Nau-gard mit 28 Unterschriften, 5) des Gutsbesizers v. Thadden-Drasch mit 82 Unterschriften, 6) des Gutsbesizers v. Dewitz-Bußow, Kreis Nau-gard, mit 11 Unterschriften, 7) des Gutsbesizers Hell zu Daber mit 12 Unterschriften, 8) des Bürgermeisters Höft zu Daber mit 16 Unterschriften. — Das Gericht hat heute die Freigebung der gestern mit Beschlag belegten Nummer der „N. Stett. Z.“ verfügt.

Oestreich. Wien, 13. Oktober. Die Verhandlungen wegen Revision des Konkordats in Rom werden der „E. Post.“ zufolge nicht durch Freiherrn v. Bach, sondern durch einen für diesen Fall speziell Bevollmächtigten geleitet, da hierzu besondere Kenntnisse des kanonischen Rechtes für erforderlich gehalten werden, um mit den Kanonisten der römischen Kurie zu verhandeln. Die Punkte, die in Frage stehen, sind jene der gemischten Ehen, des Uebertritts, der Erziehung und des Patronats. — Die von mehreren hiesigen Blättern gebrachte Nachricht, daß Freiherr v. Bach nach Wien zurückkehre, ist, nach demselben Blatte, völlig unbegründet. — Den Landesausschüssen der verschiedenen Länder ist von Seiten der Regierung auf ihr Ansuchen bedeutet worden, daß sie interimistisch die Landesabgaben in der bisherigen Höhe ausschreiben und später nach den Beschlüssen der binnen wenigen Wochen zusammentretenden Landtage reguliren mögen, da die Regierung entschlossen sei, noch im Laufe dieses Jahres die Landtage zu berufen und die Reichsraths-session dem Abschluß zuführen. — Eine Ausdehnung der Kompetenz der Standesgerichte in Ungarn bezüglich der Subjekte, welche denselben unterworfen sind, nicht aber bezüglich der Gattungen der Verbrechen, ist nach dem „P. A.“ im Zuge. Es hat sich nämlich unwiderleglich herausgestellt, und ein jüngst im Pesther Komitat vorgekommener Fall hat neuerdings Zeugniß davon gegeben, daß das Raubunwesen hauptsächlich durch die Helfershelfer der unmittelbaren Thäter, durch die Hehler des geraubten Gutes, wesentlich gefördert wird. Es ist nun in Anregung, zur energischen Unterdrückung der Räubereien auch jene der standrechtlichen Behandlung zu unterwerfen.

Bayern. München, 13. Oktober. [Zum Handelstage.] Zweihundsechzig Oestreicher konstituirten heute einen Klub, der in fünfstündiger Sitzung Resolutionen gegen den preussisch-französischen Handelsvertrag und für Anschluß Oestreichs an den Zollverein beschloß. Es gab formulierte den Zollanschluß. Es wurde ferner ein Komitee ernannt, das Verhandlungen mit den Delegirten derjenigen Staaten einleitet, welche die Zolleinigung mit Oestreich wünschen. Winterstein wurde zum Präsidenten ernannt.

Die Tagesordnung für den Handelstag lautet: 1) Bericht des Generalsekretärs über die Thätigkeit des bleibenden Ausschusses, 2) Wahl des Vorsitzenden u., 3) Vortrag der Referenten über den Handelsvertrag mit Frankreich, Zolleinigung mit Oestreich, Erhaltung und bessere Organisation des Zollvereins, 4) Generaldiskussion über die vorstehenden 3 Gegenstände zusammengekommen, 5) besondere Verhandlung über den Handelsvertrag mit Frankreich, 6) besondere Verhandlung über Zolleinigung mit Oestreich, 7) besondere Verhandlung über Erhaltung und bessere Organisation des Zollvereins, 8) event., wenn der Handelstag es beschließt, Verhandlung über die Eisenbahndifferentialfrachten, 9) Wahl der Mitglieder des bleibenden Ausschusses.

Ueber Zolleinigung mit Oestreich hat der bleibende Ausschuss zur Vorlage an den deutschen Handelstag folgende Resolution erlassen:

„In der Voraussetzung, daß die Erhaltung des Zollvereins und der Abschluß des Handelsvertrags mit Frankreich sich erzielen läßt, beschließt der Handelstag über das künftige Verhältnis des Zollvereins zu Oestreich, wie folgt: Die nach dem Verträge vom 19. Februar 1853 zwischen dem Zollverein und Oestreich bestehenden Verkehrsvereinfachungen sind möglichst dahin auszudehnen, daß bei der Mehrzahl der beiderseitigen Erzeugnisse des Bodens und der Industrie ein zollfreier Verkehr eintrete, wogegen die bisherige Selbstständigkeit der beiden Zollgebiete auch ferner erhalten bleibt.“

E. O. Ein Sängerleben.

Sonntag den 12. Oktober Vormittags starb ein Sänger, der sein Leben ganz der Kunst geweiht, und in früheren Jahren als ein tüchtiges Mitglied an unserer Bühne mitgewirkt hatte. Karl Fischer wurde 1802 zu Rastatt in Baden geboren und studierte nach dem Abgange vom Gymnasium an der Freiburger Universität katholische Theologie. Nach zwei Jahren jedoch, als seine Eltern starben und ihm die weiteren Substanzmittel fehlten, ging er, veranlaßt durch seine außerordentlich schöne Bassstimme, zur Bühne über. Nachdem er in Straßburg, Düsseldorf u. s. w. debutirt, und im Jahre 1832 seine überlebende Gattin, welche, aus Hamburg gebürtig, gleichfalls der Bühne angehörte, geheirathet hatte, kam er im Jahre 1837 zum ersten Male nach Posen, gastirte hier, und wurde, nachdem er noch nach Königsberg gegangen war, später ein dauerndes Mitglied unserer Bühne, welche damals unter Vogt's Leitung stand. Wer in jener Zeit hier gelebt und die Oper besucht hat, wird sich des Bassängers mit der außerordentlich kräftigen, vollen Stimme erinnern, dessen Oaspartien hauptsächlich folgende waren: Sarastro (Zauberflöte), Osmin (Entführung aus dem Serail), Vertram (Robert der Teufel), Orovisi (Norma), Ankarström (Maskenball) u. s. w. Seit 3 Jahren war es Fischer unmöglich, weiter auf der Bühne aufzutreten; seine Stimme hatte gelitten und die Kehlkopf-Schwindsucht warf ihn vor ¼ Jahren auf ein schmerzhaftes Krankenlager, von dem er nicht wieder erstanden sollte. Wohl ihm! Er ist erlöst von diesen irdischen Leiden! In der letzten Zeit war die sonst so schöne Stimme ganz erloschen, und nur noch lispelnd konnte er sich zu seiner Familie äußern. Sein schönes braunes Haupthaar war auch im Tode unverändert erhalten; aber die gesunde, braune Gesichtsfarbe, die ihn im Leben kennzeichnete, war der Todesbleiche gewichen. Fischer hinterläßt eine Gattin in dürftigen Umständen mit 6 Kindern, von denen 3 noch unverheiratet sind; der eine Sohn ist Mitglied der Braunschweiger Bühne.

Wer Fischer in seinem Leben näher gekannt hat, muß ihn als ehrenwerthen Charakter bezeichnen, in welchem die Gemüthlichkeit des Süddeutschen einen vortrefflichen Ausdruck fand. Als Künstler kennzeichnete ihn ein vortreffliches Organ, gepaart mit einer verständnißvollen Auffassung. Er gehörte eben jener glanzvollen klassischen Epoche der dramatischen Kunst an, in der hauptsächlich noch junge Männer von Intelligenz sich der Bühne widmeten, im Gegensatz zu der jetzigen Periode,

Konzert.

Das gestrige Konzert des Fräulein Albertine Meyer und des Herrn Plato-Radonecki eröffnete fast gleichzeitig mit der hiesigen Oper die Winteraison, und wie wir versichern können, auf glänzende Weise. Fräul. M. — um einige biographische Bemerkungen mit einzustreuen — hat bei dem bekannten Gesanglehrer Hirschberg in Breslau den Grund zum Gesange gelegt, war auch einige Zeit hindurch Mitglied der dortigen Oper, bis es ihr später — wenn wir nicht irren — durch Allerhöchste Gunst möglich wurde, in Italien sich auszubilden. Die berühmte Sängerin Mad. Ungher-Sabattier, welche in Florenz nur ihrer Kunst lebt, hatte ganz besonderes Interesse der deutschen Schülerin zugewandt, nahm sie in ihr Haus auf, gab ihr mit aller Hingebung Unterricht im Gesange und leitete ihre Studien, die in Florenz und Mailand unter solchen Auspicien auch von dem besten Erfolge gekrönt wurden. Ihre Alt-Stimme, wie man sie wohl selten findet, ist äußerst brillant, voll, biegsam und hat einen Schmelz, der an die Alboni erinnert, welche im Jahre 1846 einige Male hier aufgetreten war. Daß alle Töne gleichmäßig ausgebildet sind, versteht sich bei einer Künstlerin wie bei ihr ganz von selbst.

In der Wahl der ersten Arie aus der Semiramis von Rossini lag es, daß sie weniger den Effekt hervorbrachte, als sie überall auf der Bühne findet, wo sie vom Chor unterbrochen, gewaltsam mit sich fortreißt, in noch höherem Grade gelang ihr die Arie aus Romeo und Julia, die sie mit Verzerrungen und Varianten ausschmückte, wie es in Italien übliche Sitte ist, und aus denen ihre große Lehrerin hervorleuchtete. Mit welcher Gluth muß die Künstlerin auf der Bühne diese Arie vortragen! Diese Hoffnung dazu soll, wenn wir recht gehört haben, uns diese Woche noch werden, wo sie in Lucretia aufzutreten wird; möge dies zur Wahrheit werden!

Zwei deutsche Lieder: „Ich grolle nicht“ von Rob. Schumann und „der Doppelgänger“ von Franz Schubert gaben Zeugniß, daß sie deutsche Musik treu in ihrem Innern gehegt und gepflegt hat; so aus dem vollen Herzen gesungen, wirkte das erstere mit unendlichem Zauber auf den Zuhörer, der noch irgendwie Empfänglichkeit für deutsches Lied in sich bewahrt hat. Allgemeiner Applaus begleitete jede ihrer Leistungen, und unterschreiben wir mit Dank im Namen der lebenswürdigen Künstlerin gern diese Beifalls-Quittungen. In Herrn Plato-Radonecki lernten wir einen tüchtig routinirten und gut geschul-

An solcherlei ernste Vorbereitungen zum Wirken des Handelstages reißen sich aber auch tragikomische Vorgänge, die zu charakteristisch sind, als daß sie übergangen werden dürften. Ich rechne hierzu vorerst den „Vermittlungs-Revisionsantrag“ des Herrn Hanfmann, den man dem ernsthaften Theil unmöglich bezählig kann und zu welchem die „N.-Rhein.-Volksz.“ das Amendement stellt, daß sich der Kürze halber die „Revision“ nur auf solche Artikel erstrecken soll, die von Hanfmann'schen Aktiengesellschaften produziert werden. Es geschehen Zeichen und Wunder am Himmel des Allgemeinen deutschen Handelstages. Etwa 90 mit vollgültigem Mandat versehene Abgeordnete deutscher Handelskammern harren ausgestoßen gleich der Mutter des Propheten am Eingange des Tempels eine nachträgliche Zulassung zum — Siege mindestens, wenn auch ohne Stimme erhoffend. Die Armen haben den Präklusivtermin verfaßt, der am Tage seiner Bekanntgabe in schreiender Anomalie — bereits abgelaufen war! — Weiter: Ein Mandat der irgendwo in Oestreich domicilirenden Handelskammer von St. Pölten wurde dreimal der Vorkommission zu nachträglicher Zulassung produziert; erstmals unter Empfehlung des kaiserlich königlichen österreichischen Guberniums u., sodann wiederholt und unterstützt von der hiesigen k. k. Gefandtschaft und nochmals endlich von dem Wiener Delegierten und Mitglieder der Vorkommission Herrn Wertheimer, — um dreimal abgewiesen zu werden. Die Gubernial-Dekrete, die Reskripte und höheren Befehle spielen überhaupt bei der österreichischen Handelsvertretung eine sehr lebhaft, ins Auge springende Rolle. (N. Z.)

Unhalt. Bernburg, 12. Oktober. Die unzweifelhaft schlechteste aller Staatsverfassungen ist die Adelsrepublik. Diese Staatsverfassung befindet sich jetzt im hiesigen und dem Nachbarlande Dessau im Stadium der Vorbereitung. Das Land Bernburg hat in einer kurzen Spanne Zeit die Geschichte fast aller Staatsverfassungen durchlebt und ist dadurch für unser deutsches Vaterland eine förmliche politische Experimentiranstalt geworden. Einem gefunden energischen Absolutismus eines weisen Fürsten folgte die patriarchalische Oligarchie der fünf Konferenzräthe. Das Land gedieh unter beiden zu einer noch nicht dagewesenen Blüthe trotz des ewigen Kampfes der fünf Sinne um die Oberherrschaft und trotz des Nepotismus, der wacker geübt ward. Dann kam ein Interregnum, Konvent, Triumvirat, die Präntension eines Konsulats, ein Catilina, allmächtiger als der Minister v. Schögel in Ermangelung eines Cicero, Prätorianerherrschaft mit vierzehn Leichen vor den Stufen des obersten Gerichtshofes, sodann gar kein Regiment, Fanatismus der Kliken mit Vorbereitung zum Ministerdespotismus durch drakonisches Strafgesetzbuch, Knebelung der Presse und Staatsdienermaassregelungsordnung, endlich unverantwortliche Ministerautokratie mit der Deckung durch verantwortliche Behörden und Landstände. Die jegige Inauguration der Adelsrepublik wird bei den vorhandenen schwachen Kräften keine Folge haben, da der feste Wille und der große Einfluß einer Dame beim Hofe, die bisher allein den Minister v. Schögel getragen und erhalten haben, alle ihre Kräfte lähmen wird. Bevor nicht das anhaltische Volk sich der Gunst dieser Dame, für die die Frau Herzogin Mitregentin warme Freundschaft hegt, verschert, oder von dem Volke darauf gedrungen wird, daß dieser Einfluß zum Wohle des Landes entfernt werde, wird sich der Horizont am politischen Himmel, unter dem das anhaltische Volk leben will, niemals klären. (M. Z.)

Aus Thüringen. 12. Oktober. Die Regierung in Rudolstadt hat die Abhaltung von Versammlungen durch fremde freigemeindliche Prediger untersagt und es ist in Folge dessen ein vom Prediger Ulich in diesen Tagen zu Stadtilm beabsichtigter Vortrag durch die dortige Behörde inhibirt worden. (Fr. Postztg.)

Großbritannien und Irland.

London, 14. Oktober, Nachts. Nach mit dem Dampfer „Etna“ eingetroffenen Berichten aus Newyork vom 4. d. steht ein Kampf zwischen dem General Buell und den Konföderirten bei Louisville bevor. Präsident Lincoln hat über die Armee am Potomac eine Revue abgehalten; man hielt eine Schlacht zwischen Mac Clellan und Lee für nahe bevorstehend. — Im Kongresse der Südstaaten ist die Emanzipations-Proklamation Lincolns heftig getadelt worden und man hatte Repressalien gegen die Unionsregierung vorgeschlagen, um ein Zurückziehen der Proklamation oder wenigstens ein Aufhalten der Aus-

in welcher ein schönes Organ, sowie eine hübsche äußere Erscheinung und ein wenig Talent schon dazu berechneten, der Bühne sich zuzuwenden.

* China auf Aktien zu erobern!

Dieser Vorschlag ist allen Ernstes eingebracht worden; wir meinen aber, die Sache werde ihre Schwierigkeiten haben, und die Angreifer würden ein gut Stück vergebliche Arbeit zu thun bekommen. Das chinesische Reich bildet eine kompakte, einheitliche Masse, es zählt mindestens 300 Millionen Einwohner, von denen auch nicht ein einziger den Europäern gewogen ist. Woher sollte auch die Sympathie kommen? Etwa durch den berühmten Opiumkrieg? Oder sind die weißen Leute von so ausübender Moralität, daß sie dadurch den „Himmelskaiser“ imponiren könnten? Die Chinesen schneiden sich unter einander die Hälse ab, aber den abendländischen „Teufeln“ gegenüber sind sie einig. Wir erinnern uns, vor ein Paar Jahren in dem Buche des Obersten Mac Kinnon über Nordamerika einen interessanten Vorfall gelesen zu haben. Hünien in Wisconsin traf der Schotte mit einem Jäger zusammen, der sich bei ihm erkundigte, wie es dermalen mit dem Kriege gegen die Kaffern stehe. Nachdem er Auskunft erhalten, entwickelte er einen Plan, die Kaffern auf Aktien zu vertilgen. Sechstausend tüchtige Büchsen-schützen wolle er mit leichter Mühe zusammenbringen. Die englische Regierung möge sich verpflichten, Jedem 2000 Dollars Belohnung zu zahlen; dazu freie Ueberfahrt nach dem Vorgebirge der guten Hoffnung, reichliche Kost und was sich sonst gebühre. Es verstehe sich von selbst, daß alle Beute welche man den Kaffern abnehme, den Eroberern gehören müsse, und daß man diesen außerdem noch Ländereien zur Ansiedelung bewillige. Jeder Schütze werde eine Doppelbüchse, vier sechs-läufige Drehrifflöten und ein Bowie-messer tragen. „Das wirds wohl thun“, meinte der Yankee, „sechszehnhundert Angeln in der Minute: daran sollten die Kaffern schon zu faulen haben, nach drei Monaten sollte so wenig von ihnen zu verspüren sein, wie von unseren Rothhäuten!“ Der Oberst bemerkte, daß der Jäger in Wisconsin den Vorschlag in allem Ernst gemacht habe. Warum auch nicht? Die ostindische Kompagnie z. B., eine Aktiengesellschaft, ist der großartigste „Flibustier“, den die Welt je gesehen hat. Er hat einen ungeheuren Wagen, in welchem vor einigen Jahren das Königreich Aush und Pegu Platz gefunden haben. Vor nun gerade hundert Jahren war er noch ein schlanker

Führung derselben zu erwirken. — „York World“ glaubt, daß die Proklamation die Eroberung des Südens nur doppelt schwierig machen werde; die Ereignisse würden zeigen, daß dieselbe ein großer Fehler gewesen sei. — Nach dem 1. November werden bei der Douane in Newyork keine fremden Faktoren einregistriert werden, die nicht von dem Konsul des ausländischen Einschiffungsplatzes ein Certificat haben. — Der Königl. Steamer „Arabia“ bringt Nachrichten von Boston bis zum 1., Halifax bis 3. d. M., und 234,900 Sh. Fracht. Der Gesamtverlust der beiden gelieferten Schlachten bei Antietam und South Mountain wird jetzt nur auf 14,974 Mann bei der Unionsarmee angenommen, der Verlust der Rebellen-Armee mit Einschluß der Kampfunfähigen auf wenigstens 30,000 Mann. General Buell soll seines Kommandos enthoben sein. Das Gros der am Potomac lagernden Unions-Armee erfreut sich des besten Humors und guter Kampflust. Sehr detaillirte Berichte vom Kriegsschauplatz beweisen im Allgemeinen die vortheilhafte Stellung der Unions-Armee und lassen die Unterdrückung der Südstaaten erwarten.

Frankreich.

Paris, 13. Oktober. Herr v. Lavalette wird, wie man mit vieler Bestimmtheit jetzt versichert, nicht mehr nach Rom zurück, sondern nach London gehen. Herr Thowenel geht wieder in Urlaub; Madame Thowenel ist so gefährlich krank, daß man an ihrem Aufkommen zweifelt. — Es sollen jetzt sogar alle Friedensrichter Frankreichs zum Berichte über die allgemeine Stimmung in Betreff der römischen Frage aufgefordert werden. — Prinz Napoleon wird von Lisabon am 20. d. Mts. wieder in Rochefort eintreffen. — General Forey wird zwischen dem 20. und 25. Okt. in Vera-Cruz erwartet und sollte sich von da ohne Zeitverlust nach Orizaba begeben. — Man spricht jetzt viel von einer neuen Auszeichnung, die in Frankreich geschaffen werden soll. Es ist dies eine Civil-Medaille, die, um dem Ehrentreuz einen höheren Werth zu geben, für den Civilstand eine ähnliche Bedeutung erhalten soll, wie die Militärmedaille für die Armee. — Die Börse war heute geschäftlos und die Kurse der Hauptwerthe unverändert. Die Aktien der Eisenbahntasse allein gingen in Folge der dem Hrn. Mirès erteilten Ermächtigung zur Einberufung einer Generalversammlung von 85 auf 115 Fr. Die Herren Pereire, welche durch den Credit mobilier bereits die Börse, durch das Magazin du Louvre in ihrem Hotel du Louvre bereits das Modewaarengeschäft tyrannisierten, — beabsichtigen nun, in dem „Grand Hotel“ mit einem Kapital von 5 Millionen, zusammen mit dem Juwelier Halphen, ein großartiges Juwelengeschäft mit Fabrik zu gründen, bestimmt, die Juweliere der Rue de la Paix gleichfalls unter Pereire'sche Botmäßigkeit zu bringen. Noch niemals, selbst nicht in der großen Schwindelperiode, wurde mit der Kapitalsassociation ein solch sozialistischer Unfug getrieben, als seit der neuesten Zeit, wo man nach dem Princip: eine Hand wäscht die andere, den Herren vom Vendomeplatze den Kamm über Gebühr wachsen ließ.

— [Ein Wasserbecken.] Als in Folge einer jener Verschiebungen des oberen Passats, welche besonders häufig das südliche Frankreich treffen, dieses 1856 abermals unter großen Ueberschwemmungen zu leiden hatte, beschloß bekanntlich der Kaiser Louis Napoleon dieser Noth ein für allemal durch mächtige Staudämme ein Ende zu machen, durch welche in den einzelnen Thälern die Wassermassen angesammelt wurden, die dann nur allmählich abgelassen werden sollten. An den meisten Orten scheiterte dieser Plan an dem Mangel an Mitteln, weil er Hunderte von Millionen erforderte, und an dem Interesse der Einwohner eben jener Thäler, welche nicht darein willigen wollten, daß ihre Ländereien zu Gunsten derer zu Thal in Seen verwandelt würden; endlich kam noch an der Rhone die Unfähigkeit des Wassers selbst dazu, welches die mächtigsten gegen dasselbe aufgebauten Dämme zerriß. Frankreich muß sich also zunächst mit der guten Absicht des Kaisers begnügen. Der „Moniteur“ meldet aber die Inangriffnahme eines verwandten Werkes, das mehr Aussicht auf Erfolg hat. Es ist die Umwandlung des oberen Thaales der Garonne in ein großes Wasserreservoir, um den Fabriken von Annanah während der trockenen Zeit hinreichende Wasserkraft zu sichern. Der gemauerte Staudamm wird 77 Fuß an der Grundfläche breit, 105 Fuß hoch und 4960 Fuß lang. Leider bringt der „Moniteur“ nichts über die Kosten des Baues. Das

Bursch; seitdem hat er sich eckelndlich arrondirt. Zur Zeit des siebenjährigen Krieges erschien ein Zerrbild gegen Friedrich den Großen. Er saß am Tische und führte einen großen, gehäuteten Hühner mit Speise zum Munde, und sein Bauch war weidlich rund. Ein Oestreicher stand daneben, und sagte erstaunt: „Mein Herr, Sie fressen fürchterlich!“ Worauf ihm geantwortet wurde: „Monseigneur, ich arrondire mich.“ — Dieses Zerrbild ist selten geworden, obwohl es nach dem siebenjährigen Kriege weit verbreitet war; Sammler bezahlten es sehr theuer.

Doch die ostindische Kompagnie und überhaupt England: was haben sie nicht Alles sich angeeignet? Wilhelm Walker in Nicaragua, gegen welchen die englischen Blätter so tugendhaften Eifer zeigen, wurde doch wenigstens von einer politischen Partei ins Land gerufen und wurde Bürger desselben. Aber wer rief Lord Elive und Warren Hastings nach Ostindien? Die Kompagnie hat dort binnen hundert Jahren mehr als fünfzig Länder verschluckt. Sie nahm z. B. 1757 die vierundzwanzig Pergannahs dem Nawab von Bengalen weg, 1758 mußte der Nizam an sie Majulipalam abtreten; 1760 erwarb sie Bardwan und Tschittagong; 1765 Bengalen, Behar und Drissa, sodann auch Madras; 1775 Benares, 1776 Calcutta, 1778 Nagore und die Cicars; 1786 Pulo Pinang, 1792 Malabar; 1799 Coimbatour und Canara; sodann Tandschao; 1800 Malissur; 1801 das Carnatic, Garreckpur und Bareilly; 1802 Bunkelund; 1803 Rattak und Ballasore; in demselben Jahre Delhi; 1805 einen Theil von Gujerat; 1818 Kandesh, Admir, Punah, überhaupt das Land der Maharatten und die Distrikte an der Korbaddah; 1824 Singapore; 1825 Malacca; 1826 Assam, Arracan und Tennasserim; 1834 das Land des Radschah von Kurg; 1841 Scinde; 1848 das Pendschab, 1853 Pegu; zusammen etwa 120,000,000 Seelen. Alle einheimischen Fürsten, bis auf den mediatisirten Nizam von Haiderabad, der allein noch übrig ist, verloren Land und Thron, auch der Radschah von Sattarah. Was sind die Römer dagegen? England hat alle verschlungen: den Nawab von Bengalen und den Großmogul, den Nawab von Arkot und jenen von Aush, den Beischwah sammt seinen Maharatten und den König von Lahore, den Nawab von Karnatik und den Radschah von Berar, den Hollar und den Scindiah, die Emirs von Sindhe und den König von Pegu. So wurde „Sahib Company“ binnen hundert Jahren Beherrscher von ganz Indien. Aber von China wird dieser Sahib die Hand lassen.

in einen See verwandelte Canjethal ist bebaut, und wenn das angestaute Wasser, wie der „Moniteur“ angiebt, 81 Mill. Kubfuß beträgt, der Staudamm 4960 Fuß lang und 105 Fuß hoch ist, so wird man mindestens gegen 20 Mill. Kubfuß Mauerwerk und die verlorenen Ländereien zu zahlen haben, welche letzteren sich, da nichts über die Richtung der Thälwände gesagt ist, nicht überschlagen lassen. In jedem Falle wird die Wasserkraft außerordentlich theuer kommen, und es läßt sich daraus ein Schluß auf die Kostspieligkeit der Kräfte machen, mit denen die französische Industrie arbeitet. Im vorliegenden Falle, wo man den Kubfuß Mauerwerk zu 1 Fres. anschlagen darf, ist der durch das erwähnte Wasserreservoir zu machende Gewinn vollständig unbegreiflich, denn der Damm wird 1 Mill. Fres. Zinsen verzehren, und werden somit 81 Kubfuß Wasser mit 1 Fres. bezahlt werden. Man kann annehmen, daß der „Moniteur“ irgend einen Irrthum bei seinen Angaben begangen hat.

Schweiz.

Aus der Schweiz, 12. Okt. Der „Bund“ meldet: „Auf Veranlassung des schweizerischen Konsuls in Genua richtet der Bundesrath an die Kantonsregierungen ein Kreisschreiben, um ihre Aufmerksamkeit auf die Thatsache zu lenken, daß eine große Anzahl Militärs der ehemaligen neapolitanischen Fremdenregimenter Pässe nach dem Königreich Neapel verlangen und erhalten. Bei den in Folge des Belagerungszustandes angeordneten Ausnahmsmaassregeln wurden mehrere dieser Leute an der neapolitanischen Grenze zurückgewiesen, was für dieselben, da sie sich unnütze Reiseausgaben gemacht, sehr unangenehm war. Es erscheint aus diesem Grund größere Umsicht bei Ertheilung der Reisemittel an solche Leute rathsam.“

Italien.

Turin, 11. Oktober. [Garibaldi; Aushebung.] Allmählich werden nun die seit einer Woche schon amnestirten Garibaldianer auch wirklich in Freiheit gesetzt; jedoch ist die Zahl derjenigen, welche in den verschiedenen Festungen noch der Entlassungsordre harren, noch immer ziemlich bedeutend. — Die letzte Verschlummerung des Befindens Garibaldi's hat seine Aerzte veranlaßt, abermals mehrere bedeutende medicinische Kapacitäten zu einer Konjuration zu berufen, namentlich den Professor Zanetti, Tommasi und Gherini aus Florenz, Pisa und Mailand. Das Resultat der neuen Untersuchung war ganz befriedigend und die Aerzte zweifeln nicht an der endlichen Heilung. — In Sicilien wird man im Laufe dieses Monats die Aushebung der Altersklassen von 1840 — 41 vornehmen. — Das Budget für 1863 mit seinem Deficit von 329 1/2 Million ist allerdings noch durchaus nicht befriedigend; indeß ist ein Fortschritt gegen 1862 nicht zu verkennen, wo das Deficit 351 Millionen betrug und die außerordentlichen Ausgaben um 71 1/2 Million stärker waren. (R. Z.)

Neapel, 13. Oktober. [Verschwörung.] Man hat hier selbst eine klerikale bourbonnische Verschwörung entdeckt. Die Korrespondenzen befinden sich in den Händen der Polizei.

— Aus Rom vom 12. d. wird telegraphirt, daß Erzherzog Rainer dort eingetroffen sei.

Spanien.

Madrid, 8. Oktober. [Protestantenverurtheilung.] Der Gerichtshof von Granada hat jüngst von dreizehn angeklagten Protestanten zwei, einen zu neun und den anderen zu acht Jahren Gefängniß verurtheilt. Außerdem sollen sie niemals Unterrichtsstellen bekleiden und für die Dauer ihrer Haft auch kein politisches Recht besitzen. Das halboffizielle Blatt „La Correspondencia“ will dies Urtheil damit entschuldigen, daß zwar Gewissensfreiheit in Spanien bestehe, daß die Verurtheilten aber offene Propaganda für den Protestantismus gemacht hätten, was gesetzlich verboten sei.

Rußland und Polen.

• Aus Rußland, 10. Oktober. [Vermischte Notizen.] Der Dr. phil. Alexander Tollert hat für das von ihm zur Feier des Millenniums verfaßte und dem Kaiser überreichte Gedicht einen werthvollen Brillantring von Sr. Majestät erhalten. — Für die Montegniner, welche durch den Krieg gelitten haben, sind an die Redaktion des „Wort der Gegenwart“ 1256 und an das „Journ. de St. Petersb.“

Kleinere Mittheilungen.

* Zur Chronik der Kulturpflanzen. Viele der wichtigsten Kulturpflanzen sind als solche schon so lange bekannt und werden in allen Ländern so allgemein gezogen, daß es sehr schwierig ist, ihr ursprüngliches Vaterland zu ermitteln. Die verschiedenen klimatischen Verhältnisse, Bodenbeschaffenheit, Art der Kultur, haben im Laufe der Zeit so verändernd auf ihr Aussehen eingewirkt, daß aus einer ursprünglichen Art die verschiedensten Varietäten entstanden sind, wie wir dies besonders bei den Getreidearten und beim Weinstock sehen. Auch die Citruspflanzen (Citronen, Orangen, Limonen) sind in Europa nie heimisch gewesen. Sie sind alle östlichen Ursprungs, stammen von den Bergen Ostindiens und zwar ursprünglich von einer einzigen Pflanzenart.

Wir finden zuerst die Citrone von dem griechischen Gelehrten Theophrastus (300 Jahre vor Chr. Geb.) beschrieben. Derselbe sagt, daß diese Frucht nicht genießbar sei, jedoch wegen ihres Duftes und ihrer Eigenschaft die Motten aus wollenen Stoffen fernzuhalten sehr geschätzt werde. In Italien wurde die Citrone erst etwa im dritten oder vierten Jahrhundert als Kulturpflanze eingeführt. Eine Spielart der Citrone, die man „Schad-dog“ (Citrus decumana) nennt, soll dagegen auf einem ganz entgegengesetzten Wege nach Europa gekommen sein. Sie wird nämlich am äußersten Ende des südöstlichen asiatischen Festlandes kultivirt, und ist vielleicht dort einheimisch. Von dort aus brachte man sie zuerst nach Westindien und erst von Jamaica und Barbadoes im achtzehnten Jahrhundert nach England. — Der Orangenbaum (Pomeranz und Apfelsinen) war im ersten Jahrhundert in Europa noch unbekannt, wurde gegen Ende des zwölften Jahrhunderts in Sevilla kultivirt, kam im dreizehnten nach Italien. Dort soll im Jahre 1200 St. Dominik einen Orangenbaum für das Kloster St. Sabina in Rom gepflanzt haben. Im Laufe des dreizehnten Jahrhunderts fanden die Kreuzfahrer in Palästina Citronen, Orangen und Limonen; und im vierzehnten Jahrhundert wurden diese Pflanzen im wärmern Europa ganz allgemein gezogen.

Eine sehr interessante Kultur der Citronenpflanzen ist in Florenz aufgefunden, nämlich die Bildung der sogenannten „Bizarria“-Form, durch treuende Propfung, wonach dann derselbe Baum Orangen, Limonen und Citronen trägt, ja oft sogar derselbe Zweig, und oft sind alle Spielarten in einer einzigen Frucht vereinigt.

* „Der Prophet“ in Barcelona. Spanien war bisher das einzige Land, in welchem Meyerbeers „Prophet“ noch nicht gehört wurde. Jetzt werden aber vom Direktor des Decum-Theaters in Barcelona, Hrn. Berger, Veranstaltungen getroffen, um diese Vernachlässigung in glänzender Weise gut zu machen. Er hat sich für die Rolle des Fides gleich drei der hervorragendsten Vertreterinnen engagirt, nämlich die Damen Gyllag, Borge-Mamo und Tedesco. Die Dekorationen und Kostüme sind aus Paris bestellt worden. Berger schrieb desfalls an seinen Agenten: Sehen Sie auf den Reichtum, auf die Pracht, auf die Großartigkeit der Ausstattung, kurz, sehen Sie auf Alles, nur nicht auf den Preis.

15 Brände, durch welche 39 Gebäude total, 3 theilweise niederbrannten. Hr. Birnbaum zahlte 9610 Thlr. 22 Sgr. 9 Pf., erhielt 3605 Thlr. 6 Sgr. 6 Pf.; 8 Brände; 14 Gebäude total, 2 theilweise abgebrannt. Hr. Bomm zahlte 9679 Thlr. 5 Sgr. 9 Pf., erhielt 1743 Thlr. 7 Sgr. 6 Pf.; 9 Brände; 13 Gebäude total, 1 theilweise abgebrannt. Hr. Busch zahlte 10,068 Thlr. 21 Sgr. 9 Pf., erhielt 4630 Thlr. 17 Sgr. 16 Brände; 19 Gebäude total, 5 theilweise abgebrannt. Kreis Kottbus zahlte 9539 Thlr. 17 Sgr. 9 Pf., erhielt 4522 Thlr. 10 Sgr. 10 Pf.; 16 Brände; 21 Gebäude total, 2 theilweise abgebrannt. Hr. Krotoschin zahlte 10,485 Thlr. 22 Sgr., erhielt 1772 Thlr. 22 Sgr. 1 Pf.; 9 Brände; 3 Gebäude total, 8 theilweise abgebrannt. Hr. Mejeris zahlte 8083 Thlr. 23 Sgr. 5 Pf., erhielt 4476 Thlr. 7 Sgr. 6 Pf.; 8 Brände; 21 Gebäude total abgebrannt. Hr. Bleichen zahlte 8253 Thlr. 14 Sgr. 6 Pf., erhielt 3178 Thlr. 29 Sgr. 20 Brände; 21 Gebäude total, 6 theilweise abgebrannt. Hr. Samter zahlte 8544 Thlr. 15 Sgr. 11 Pf., erhielt 1840 Thlr. 14 Brände; 15 Gebäude total, 5 theilweise abgebrannt. Hr. Schrimm zahlte 8312 Thlr. 25 Sgr. 6 Pf., erhielt 3289 Thlr. 3 Sgr. 5 Pf.; 16 Brände; 15 Gebäude total, 5 theilweise abgebrannt. Hr. Schroda zahlte 10,111 Thlr. 3 Sgr. 6 Pf., erhielt 8447 Thlr. 17 Sgr. 7 Pf.; 21 Brände; 38 Gebäude total, 9 theilweise abgebrannt. Stadt Bromberg zahlte 6745 Thlr. 5 Sgr., erhielt 1070 Thlr. 3 Sgr. 4 Pf.; 9 Brände; 1 Gebäude total, 10 theilweise abgebrannt. Hr. Bromberg zahlte 11,669 Thlr. 26 Sgr. 6 Pf., erhielt 10,993 Thlr. 19 Sgr. 5 Pf.; 24 Brände; 52 Gebäude total, 8 theilweise abgebrannt. Hr. Chodziez zahlte 10,930 Thlr. 3 Sgr., erhielt 10,320 Thlr. 22 Sgr. 10 Pf.; 29 Brände; 58 Gebäude total, 15 theilweise abgebrannt. Hr. Wirsig zahlte 14,943 Thlr. 6 Sgr. 6 Pf., erhielt 14,606 Thlr. 8 Sgr. 2 Pf.; 39 Brände; 74 Gebäude total, 10 theilweise abgebrannt. Diejenigen Kreise dagegen, welche mehr an Brandentschädigungen erhielten, als sie Feuer-Societätsbeiträge zahlten, sind folgende: Hr. Posen (bereits oben angegeben). Hr. Frankfurt zahlte 9806 Thlr. 15 Sgr. 6 Pf., erhielt 12,689 Thlr. 17 Sgr. 4 Pf.; 14 Brände; 95 Gebäude total, 7 theilweise abgebrannt. Hr. Kröben zahlte 12,711 Thlr., erhielt 16,751 Thlr. 19 Sgr. 7 Pf.; 16 Brände; 81 Gebäude total, 14 theilweise abgebrannt. Hr. Dobornitz zahlte 10,234 Thlr. 11 Sgr., erhielt 10,246 Thlr. 10 Sgr. 6 Pf.; 25 Brände; 86 Gebäude total, 4 theilweise abgebrannt. Hr. Schildberg zahlte 7587 Thlr. 22 Sgr., erhielt 9527 Thlr. 17 Sgr. 2 Pf.; 30 Brände; 49 Gebäude total, 10 theilweise abgebrannt. Hr. Wreschen zahlte 7740 Thlr. 27 Sgr. 3 Pf., erhielt 34,304 Thlr. 12 Sgr. 6 Pf. (Brand zu Zerow.) 24 Brände; 136 Gebäude total, 10 theilweise abgebrannt. Hr. Gzarnikau zahlte 10,709 Thlr. 27 Sgr. 9 Pf., erhielt 10,918 Thlr. 3 Sgr. 5 Pf.; 25 Brände; 54 Gebäude total, 16 theilweise abgebrannt. Hr. Gnesen zahlte 12,820 Thlr. 24 Sgr. 6 Pf., erhielt 20,880 Thlr. 29 Sgr. 8 Pf.; 34 Brände; 85 Gebäude total, 11 theilweise abgebrannt. Hr. Inowracław zahlte 18,949 Thlr. 13 Sgr. 8 Pf., erhielt 32,626 Thlr. 29 Sgr.; 43 Brände; 54 Gebäude total, 25 theilweise abgebrannt. Hr. Mogilno zahlte 9800 Thlr. 19 Sgr., erhielt 16,993 Thlr. 8 Sgr. 8 Pf.; 23 Brände; 40 Gebäude total, 12 theilweise abgebrannt. Hr. Schubin zahlte 11,403 Thlr. 22 Sgr. 7 Pf., erhielt 11,689 Thlr. 24 Sgr.; 33 Brände; 43 Gebäude total, 6 theilweise abgebrannt. Hr. Wągrowitz zahlte 12,520 Thlr. 7 Sgr. 9 Pf., erhielt 26,350 Thlr. 10 Sgr. 4 Pf.; 34 Brände; 69 Gebäude total, 29 theilweise abgebrannt.

Wir ersehen aus dieser Zusammenstellung, daß der Regierungsbezirk Posen 177,712 Thlr. 19 Sgr. 7 Pf. zahlte, dagegen nur 157,702 Thlr. 24 Sgr. 6 Pf. erhielt. Dagegen zahlte der Regierungsbezirk Bromberg 120,493 Thlr. 6 Sgr. 3 Pf. und erhielt 156,450 Thlr. 8 Sgr. 10 Pf. Die ganze Provinz zahlte an Feuer-Societätsbeiträgen pro 1861 293,205 Thlr. 25 Sgr. 10 Pf. und erhielt an Brandentschädigungen mit Nebenkosten 314,153 Thlr. 3 Sgr. 4 Pf. Es war demnach das Jahr 1861 ein ungünstiges Jahr für unsere Provinzial-Feuer-Societät, indem die Brand-Entschädigungssumme die laufenden Feuer-Societätsbeiträge um 15,947 Thlr. 7 Sgr. 6 Pf. überstieg.

Die 6 bedeutendsten Brände im J. 1861 waren: 13.—14. August: Zerow (Hr. Wreschen), Entschädigungssumme 21,457 Thlr. — 6. Juni: Zutroch (Hr. Kröben), 14,322 Thlr. — 31. August: Wolczyn (Hr. Inowracław), 13,590 Thlr. — 19. August: Stadt Posen 8966 Thlr. — 12. April: Schwetlau (Hr. Frankfurt), 7616 Thlr. — 22.—23. Oktober: Schönau (Hr. Gzarnikau), 5028 Thlr.

Posen, 16. Okt. [Die Preise der vier Hauptgetreidearten und der Kartoffeln] in den für die preussische Monarchie bedeutendsten Marktsorten im Monat September nach einem monatlichen Durchschnitt in preussischen Silbergroschen und Scheffeln vom statistischen Bureau für folgende Städte der Provinz Posen nachstehend angegeben:

Namen der Städte.	Weizen.	Roggen.	Gerste.	Hafer.	Kartoffeln.
1) Posen	78 ¹ / ₂	54 ¹ / ₂	40 ¹ / ₂	25 ¹ / ₂	12 ¹ / ₂
2) Bromberg	85 ¹ / ₂	54 ¹ / ₂	36 ¹ / ₂	28 ¹ / ₂	11 ¹ / ₂
3) Krotoschin	80	52 ¹ / ₂	38 ¹ / ₂	25 ¹ / ₂	10
4) Frankfurt	87 ¹ / ₂	58 ¹ / ₂	41 ¹ / ₂	25 ¹ / ₂	11 ¹ / ₂
5) Gnesen	81	52 ¹ / ₂	38	26 ¹ / ₂	12
6) Rawicz	84 ¹ / ₂	55 ¹ / ₂	40	24 ¹ / ₂	11 ¹ / ₂
7) Elblau	83 ¹ / ₂	57 ¹ / ₂	43 ¹ / ₂	26 ¹ / ₂	12
8) Kempen	79 ¹ / ₂	49	—	23 ¹ / ₂	9 ¹ / ₂
Durchschnittspreise der 13 preussischen Städte	86 ¹ / ₂	52 ¹ / ₂	38 ¹ / ₂	27 ¹ / ₂	16 ¹ / ₂
„ 8 polnischen „	82 ¹ / ₂	54 ¹ / ₂	39 ¹ / ₂	25 ¹ / ₂	11 ¹ / ₂
„ 5 brandenb. „	86 ¹ / ₂	59 ¹ / ₂	41 ¹ / ₂	28 ¹ / ₂	14 ¹ / ₂
„ 5 pommerich. „	88 ¹ / ₂	60 ¹ / ₂	42 ¹ / ₂	29 ¹ / ₂	15 ¹ / ₂
„ 13 schlesischen „	80 ¹ / ₂	54 ¹ / ₂	38 ¹ / ₂	23 ¹ / ₂	14
„ 8 sächsischen „	95 ¹ / ₂	66 ¹ / ₂	46 ¹ / ₂	28 ¹ / ₂	18 ¹ / ₂
„ 14 westfälischen „	94 ¹ / ₂	72 ¹ / ₂	55 ¹ / ₂	33 ¹ / ₂	22 ¹ / ₂
„ 16 rheinischen „	96 ¹ / ₂	71	51 ¹ / ₂	30 ¹ / ₂	23 ¹ / ₂

— [Holzpreise.] Je höher bei uns die Holzpreise steigen, desto lauter werden die Klagen über geringes Maas. Hieran sind indeß die Käufer meist selbst schuld, indem nach der Polizeiverordnung vom 18. Oktober 1847 (Snt. VI. S. 2380) es jedem Käufer freisteht, in den auf den Holzhöfen aufgestellten ganzen, halben und Viertelkammer-Nahmen das Einpaß des Holzes selbst vorzunehmen oder durch ihre Leute vornehmen zu lassen und ebenso das von den Verkäufern schon eingepackte Holz nochmals umzupacken. Die

Kloben müssen 3 Fuß lang sein und beim Fällen der Rahmen der Länge nach so dicht in dieselben gepackt werden, als dies nur irgend möglich ist. Auf diese Verordnung gestützt machte Herr K., welchem das Quantum Holz, welches er als Kloben bezahlt, doch gar zu wenig erschien, von dem Rechte Gebrauch, das Holz selbst in die Rahmen legen zu lassen und profitierte durch dieses Verfahren zum Mindesten 4 Klafter.

— [Eisenbahn.] Die „Postzeitung“ nennt in einem Artikel von hier das Eisenbahnprojekt Posen-Schroda-Kutno das für die Stadt Posen untreulich wichtigste der schwebenden Projekte. Wir können das nur unter gewissen Voraussetzungen zugeben. Für jetzt ist unbedingt das Projekt Posen-Thorn-Barthau aus den früher von uns angegebenen Gründen wichtiger, weil es am ersten zum Ziele zu führen verpicht. Ist diese Linie gebaut und hat inzwischen der Verkehr mit Barthau solchen Umfang angenommen, daß er auf der Linie Thorn-Posen nicht mehr bewältigt werden kann, dann wird es Zeit sein, an die Linie Gnesen-Kutno zu gehen, deren Ausführung dann auf Seiten der russischen Regierung keine Schwierigkeiten finden dürfte, während für jetzt gar nicht beurtheilt werden kann, wie sich diese Regierung zu dem Projekt verhält.

— [Berichtigung.] Die „Posener Zeitung“ hat nach der „Bromberger“ den Verkauf der Güter Polgodowo an Herrn Keimann gemeldet. In der That haben zwischen dem genannten Herrn und dem Besitzer, Hrn. v. Moszjenski, Unterhandlungen stattgefunden. Jetzt erfahren wir, daß dieselben abgebrochen sind und Herr K. von Polgodowo abgerufen ist. Gleichzeitig bringt der „Dziennik poz.“ folgende Anzeige des Hrn. v. M.: „Die Güter Polgodowo bei Bromberg, welche über drei Jahrhunderte im Besitz meiner Familie gewesen, sind nicht nur nicht verkauft, sondern werden auch nicht verkauft werden.“ Und doch hat Hr. v. M. unverselhaft über den Verkauf unterhandelt. Sollte dies nur zum Spaß geschehen sein, oder in der Absicht, sich über den Werth der Güter aufzuklären oder haben andere Motive die in der betr. Anzeige ganz ignorierten Unterhandlungen abbrechen lassen?

— Kreis But., 15. Oktober. [Steuerveranlagung.] Die Behörden sind gegenwärtig durch die Veranlagung der Gewerbe- und Klassensteuer sehr in Anspruch genommen. Zu bedauern ist, daß der Magistrat in Neustadt b. P. die Wahl der Deputierten zur Veranlagung der Gewerbesteuer Litur II. auf den 17. d., auf einen Festtag der Jüden, anberaumt hat, trotzdem zu dieser Steuerklasse nur 3 der christlichen, während ca. 28 dieser Steuerklasse der jüdischen Religion angehören; zudem ist dieser Termin gerade während der Andachtsstunden festgesetzt. Unseres Bedünkens dürften die Behörden bei solchen Fällen namentlich, dem jüdischen Festtag Rücksicht schenken, und derartige Termine nicht an Festtagen anberaumen.

— Neustadt b. P., 14. Oktober. [Kartoffelernte; Schwarzviehhandel; Spiritus.] Die Kartoffelernte naht ihrem Ende, und wie man allgemein hört, ist dieselbe vorzüglich ausgefallen. Beispielsweise führe ich an, daß auf dem Gute Altomysl, dem Rittergutsbesitzer v. Bonnet gehörig, pro Morgen 150 Scheffel geerntet werden, während man auf den Gütern Neustadt, Brod-Polgodowo u. pro Morgen 80—90 Scheffel rechnet. Dabei sind die Kartoffeln von besser Qualität und gesund. Von einem Brennereibesitzer hiesiger Gegend hörte ich in diesen Tagen die Versicherung, daß er seit seiner 22jährigen Thätigkeit als Brennereibesitzer noch in keinem Jahre von der Kartoffel so viel Spiritus gezogen, als in diesem. Die Brennereibesitzer begnügen sich indeß nicht mit ihrer eigenen Ernte, sondern machen bereits nicht unbedeutende Kartoffelankäufe. Gegenwärtig zahlt man noch 9¹/₂—10 und 11 Thlr. pro Scheffel bei Branneislieferung. — Trotz der günstigen Kartoffelernte ist der Schwarzviehhandel noch immer nicht recht belebt, wovon die hiesigen Märkte den Beweis geben. Die Zutritten auf dem gestrigen Schweinemarkte waren ziemlich bedeutend, da außer mehreren Heerden auch viele Schweine zum Einzelverkauf gebracht wurden. Die Kaufkraft war trotz der hohen Preise träge, namentlich stieß der Handel beim En gros-Verkauf. Die Spiritusabladungen per Bahn nach Samter dauern noch immer fort und wird auch ein großer Theil per Fuhrwerk nach Berlin befördert. Da der Transport zu Wasser zur Zeit nicht möglich ist, die Fracht per Bahn oder Frachtkarrenwerk im Verhältnis zu den gegenwärtigen Preisen zu hoch ist, so wird wohl ein großer Theil von Spiritus sowohl hier als in Posen auf Lager kommen, um denselben während des Winters per Kahn zu verladen und alsdann im Frühjahr nach Berlin, Stettin oder Magdeburg befördern zu lassen.

— Schroda, 14. Okt. [Brandunglück; Leichnam.] Seit zehn Jahren wurde unsere Stadt von keinem Brandunglück betroffen, und man kann sagen, daß wohl keine Stadt im Großherzogthum Posen so wenige Brandunglücksfälle gehabt hat, wie die Stadt Schroda. Am 12. d. M. ertönten aber die Feuerglocken, und nach kaum 10 Minuten standen 5 Scheunen und 1 Schuppen in Flammen. Sämmtliche Gebäude waren in Holz-Kehlbau-Fachwerk unter Strohdach erbaut, und in der Feuer-Societäts-Direktion vier Scheunen und der Schuppen zusammen mit 950 Thlr. versichert. Die Getreidebestände waren zusammen mit 3000 Thlr. in der Magdeburger und in der Schlesischen Gesellschaft versichert. In Rettung war nicht zu denken. Die Gebäude standen dicht zusammen. Die Hitze war so groß, daß die nächsten Pappelbäume den andern Tag wie verkohlet erschienen. Der starke Nordwestwind trieb die Flamme auf die Feldflur, wäre derselbe aber über unsere Stadt gezogen, so wäre wohl Schroda ein Aschenhaufen geworden. Die fünfte Scheune, in diesem Jahre erst erbaut, war nicht versichert. Wenn gleich das Feuer weit am Horizonte zu sehen war, so ist dennoch nur eine auswärtige Spritze, nämlich die aus dem Dorfe Wrodo, herbeigekommen. Ueber die Entstehungsart des Feuers hat sich nichts Bestimmtes ermitteln lassen, nur so viel steht fest, daß solches aus Rache und Bosheit entstanden ist. — Wiederum muß ich aus dem Dorfe Targowo-Gorka eine Schandthat mittheilen, über welcher aber ein tiefes Dunkel zu liegen scheint. In dem dortigen Dorf wurde der Keller eines Hauses, resp. vergrößert worden. Man fand in Folge dessen einen männlichen Leichnam. Derselbe hat ungefähr 2 bis 3 Jahre in der Erde gelegen, und so viel steht fest, daß derselbe auf verbrecherische Weise dorthin geschafft worden ist.

— Schöner, 14. Oktober. [Ergebenheitsadresse.] Auch der Herr v. Jena zu Waibe hat den Entwurf einer Ergebenheitsadresse an Seine Majestät den König, die unter Billigung der Heeresorganisation gegen die Beschlässe des Abgeordnetenhauses gerichtet ist, den Mitgliedern des von ihm gegründeten „preussischen Volksvereins“ zur Unterschrift vorgelegt. Es wurde die am 28. v. Mts. stattgehabte Feier des Erntefranzes auf seinem Gute, wozu einige Geistliche, Wirtschaftsbeamte, Lehrer, mehrere Bauern u. mit

ihren Familien besonders eingeladen waren, dazu benutzt. Jeder Gast, der sonst nicht hinfänglich gekannt erschien, hatte sich durch seine Karte zu legitimieren. Die Frau v. Jena, unterstützt von der Frau v. Endersdorf aus Posen, bewirthete die Gäste, die nach Rang und Stand in zwei Sälen abgefondert waren, in freundlicher Herablassung mit Kaffee und Kuchen. Danach verkürzten mittelst erliche Posen, Musik, Tanz u. die Zeit aufs angenehme, wobei der Gastgeber in liebenswürdigster Freundlichkeit erklärte, daß er heute das Vergnügen, mit seiner Frau zu tanzen, ausschließlich den werthen Gästen überlasse. Nach dem Abendessen wurde die erwähnte Adresse vorgebracht. Nur wenige der Anwesenden sollen unterschrieben haben. Von diesen wurden drei Bauern als Abgeordnete gewählt. Als einer derselben sich schickern gegen die Annahme seines Mandats erklärte, erhielt er die ermunternde Antwort: „Gehen Sie nur, solch ein Gesicht, wie das Ihre, sieht der König gern.“

— Wollstein, 14. Okt. [Unglücksfall; Markt.] Vor einigen Tagen begab sich der Wirth Peter Eglarek aus Tlo auf Feld, um daselbst Steine zu sprengen. Als nach ungefähr einer Stunde nachdem der durch das Sprengen erfolgte, im Dorfe gehörte Knall einige Angehörige des E. sich auf's Feld begaben, fanden sie ihn fast leblos vor, und bei der Ankunft des eiligt von hier herbeigerufenen Arztes war der Verunglückte bereits eine Leiche. Die ärztliche Untersuchung der Leiche ergab, daß beim Steinsprengen ein scharfkantiger Stein splitter die Gegend des Unterleibes derartig getroffen hatte, daß der Tod erfolgen mußte. — Das vor einigen Monaten so sehr blühende Pferde- und Viehgeschäft ist seit einigen Wochen bereits sehr ins Stocken geraten. Der heute hier stattgehabte Jahrmart lieferte einen neuen Beweis hierfür. Der Pferde- sowohl wie der Viehmarkt waren nur sehr mäßig belebt und dennoch sind wegen Mangels an Kaufkraft nur wenige Geschäfte zu ziemlich gedrückten Preisen abgeschlossen worden.

— Bromberg, 14. Oktober. [Adresse.] In einer gestern hier abgehaltenen Versammlung der Wahlmänner wurde eine Zustimmungsadresse an die Abgeordneten Senff und Peterson beschloffen. Das Staatsministerium soll Abschrift der Adresse erhalten. Außerdem wurde folgender Antrag gestellt und angenommen: Die Adresse soll nur denjenigen Wahlmännern zur Unterschrift vorgelegt werden, welche entweder selbst Deutsche seien, oder mit der deutschen Partei gestimmt hätten.

Bermischtes.

* Der von Herrn Schulz-Delisch erstattete Jahresbericht für 1861 über die auf Selbsthilfe gegründeten deutschen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften des kleineren und mittleren Gewerbestandes ist erschienen. Den höchst interessanten Tabellen entnehmen wir, daß 1861 schon 364 Vorschuss- und Kreditvereine und 129 Rohstoff- und Magazinassocationen, sowie gegen 50 Konsumvereine bestanden, welche Geschäfte im Gesamtbetrage von 20—22 Millionen Thalern gemacht haben. Die Vereine haben einen Centralpunkt in dem Central-Korrespondenzbureau und eine Zeitschrift: die „Zukunft der Zukunft“. Von den Vereinen bestehen in Preußen: in der Provinz Sachsen 57, Brandenburg 39, Schlesien 31, Preußen 16, Pommern 14, Westfalen 12, Posen 11, Rheinprovinz 8, Summa 188; Königreich Sachsen 54; Herzogthum Nassau 16; Deutsch-Oesterreich 15; sächsisches Herzogthum 15; anhaltische Fürstenthümer 13; Mecklenburg 12; Hannover 11; Bayern 6; schwarzburgische Fürstenthümer 6; Großherzogthum Hessen 5; Baden, Kurfürstenthum Hessen, Oldenburg je 4; Württemberg, Neuz je 3; Lippe und Waldeck 2; Holstein 1; Frankfurt 1; Hamburg 1. Schuhmacherasociationen bestehen 27 in Preußen, 19 in Sachsen, 27 im übrigen Deutschland, Schneiderasociationen 16 in Preußen, 14 im übrigen Deutschland, Tischler-, Pianoforte- und Stuhlmascherasociationen 14 in ganz Deutschland, Weberasociationen 4, Schmiederasociationen 5, Buchbinderasociationen 3.

Angekommene Fremde.

Vom 16. Oktober.
OEHMIG'S HOTEL DE FRANCE. Rittergutsbesitzer v. Budziszewski aus Gzadowo, Oekonom Müller aus Simmelweis, Gutsbesitzer Grunwald nebst Frau aus Dworzyk, die Kaufleute Bierling aus Triest und Jobst aus Berlin.
STERN'S HOTEL DE L'EUROPE. Die Kaufleute Stahlberg aus Breslau, Paul und Schäfer aus Berlin, Partikulier v. Wartenleben aus Brandenburg, Fabrikbesitzer Kunde aus Elberfeld und Gutsbesitzer v. Stumpf aus Pommern.
BUSCH'S HOTEL DE ROME. Gutsbesitzer Trampe aus Stanopi, Inspektor Runge nebst Frau aus Duznif, die Kaufleute Hüber aus Mainz, Sattler aus Hirschheim, Kivi aus Köln, Groß aus Stuttgart und Lange aus Gmünd.
BAZAR. Die Gutsbesitzer Frauen v. Trampczynska aus Posen und v. Koczorowska aus Gola, die Gutsbesitzer v. Stablewski aus Dlonie, v. Gorzinski aus Posen, v. Chlapowski aus Szolbry, v. Wlozinski aus Smogorzewo, v. Bientkowski aus Smuszewo und v. Chlapowski aus Bonifowo.
HOTEL DE PARIS. Gutsbesitzer v. Ponikierski aus Gielkowo und Schneider Gayer aus Barthau.
HOTEL DE BERLIN. Die Gutsbesitzer Hempel aus Kornath-Forst und Klug nebst Frau aus Radowice, Geometer Brendel aus Gostyn, Gutsverwalter Janczowski aus Dakow mokre, die Rittergutsbesitzer v. Lubinski aus Wola ciewujewsta, v. Kropinski aus Orchow und Jozanne aus Lufowo.
DREI LILIE. Kupfer-Schmiedemeister Fischer aus Wreschen, Partikulier Wiczorski aus Sowinie und Kaufmann Knoll aus Grag.
ZUM LAMM. Schuhmacher Dorn aus Alt-Boyen und Unteroffizier Reed aus Schwednitz.
PRIVAT-LOGIS. Die Rittergutsbesitzer Frauen Hoffmüller und v. Kornagta aus Groß-Michelau, Mühlenstraße Nr. 14.

Inserate und Börsen-Nachrichten.

Bekanntmachung.

Die Anlieferung der zur Verpflegung der Gefangenen bei der königlichen Strafanstalt zu **Rawicz** im Jahre 1863 erforderlichen nachbenannten Gegenstände zu den nutzbahlichen Bedarfssummen von
 200 Buntiern Kommissbrot,
 500 „ Weizenbrot,
 426 „ Roggenmehl,
 93 „ Gerstenmehl,
 15 „ Weizenmehl zur Suppe,
 48 „ Weizenmehl feinsten Sorte zur Stärke und Weibschlichte,
 335 „ Erbsen,
 150 „ Kichbohnen,
 160 „ Hirse,
 40 „ Gerstengrütze,
 88 „ Hafergrütze,
 160 „ Buchweizengrütze,
 140 „ Gerstengraube,
 16 „ Perlgraupe,
 96 „ Reis,
 126 „ Butter,
 63 „ Schmalz,
 85 „ Rindfleisch,
 4 „ Pfeffer,
 106 „ raffiniertes Rübsöl,
 18 „ Glanzseife,
 4 „ Talgseife,

7¹/₂ Buntiern Soda,
 200—600 Quart ordinären Essig,
 900 Quart Essigspritz zum Verspeisen,
 3—4 Scheffeln Leinlaamen,
 1/2 Buntier geöffelte Talglichte,
 1/2 „ gezeigte Talglichte,
 soll im Submissions- oder event. Auktionsverfahren an den Mindestfordernden verdingen werden. Die diesfälligen Bedingungen liegen beim königlichen Polizei-Präsidenten zu **Breslau**, bei der königlichen Strafanstalts-Direktion zu **Rawicz** und in der Regierungs-Rechnungskontrolle I. hieselbst zur Einsicht vor. Termin zur Abgabe der versiegelten Submissionsofferten ist

bis zum 3. November d. J.
 Vormittags 11¹/₂ Uhr
 im Direktorialzimmer der königlichen Strafanstalt zu **Rawicz** angesetzt.
 Posen, den 9. Oktober 1862.
 Königliche Regierung. I.
 v. Selzer.

Konkurs-Eröffnung.
 Königliches Kreisgericht zu Posen,
 Erste Abtheilung.
 Posen, den 15. Oktober 1862, Nachm. 5 Uhr.
 Ueber das Vermögen des Kaufmanns **Heil-**

mann Elkus, Firma **H. Elkus**, zu Posen, Breitstraße, ist der kaufmännische Konkurs eröffnet und der Tag der Festsetzung auf den 13. Oktober 1862 festgesetzt worden.

Zum einstweiligen Verwalter der Masse ist per Agent **Heinrich Rosenthal** zu Posen bestellt.

Die Gläubiger des Gemeinschuldners werden aufgefordert, in dem

auf den 14. November 1862

Vormittags 10 Uhr

vor dem Kommissar, Gerichtsassessor **Zabloski**, im Parterrezimmer Nr. 1 anberaumten Termine ihre Erklärungen und Vorschläge über die Vertheilung dieses Vermögens oder die Bestellung eines anderen einstweiligen Verwalters abzugeben.
 Allen, welche von dem Gemeinschuldner etwas an Geld, Papieren oder anderen Sachen in Besitz oder Gewahrsam haben, oder welche ihm etwas verschulden, wird aufgegeben, nichts an denselben zu verabfolgen oder zu zahlen, vielmehr von dem Besitz der Gegenstände bis zum 1. November 1862 einschließlich dem Gericht oder dem Verwalter der Masse Anzeige zu machen und Alles, mit Vorbehalt ihrer etwaigen Rechte, eben dahin zur Konkursmasse abzuliefern. Pfandinhaber und an-

dere mit denselben gleichberechtigte Gläubiger des Gemeinschuldners haben von den in ihrem Besitz befindlichen Pfandstücken nur Anzeige zu machen.

Zugleich werden alle diejenigen, welche an die Masse Ansprüche als Konkursgläubiger machen wollen, hierdurch aufgefordert, ihre Ansprüche, dieselben mögen bereits rechtshängig sein oder nicht, mit dem dafür verlangten Vorrecht

bis zum 21. November 1862 einschließlich bei uns schriftlich oder zu Protokoll anzumelden und demnachst zur Prüfung der sämtlichen innerhalb der gedachten Frist angemeldeten Forderungen, so wie nach Befinden zur Bestellung des definitiven Verwaltungspersonals

auf den 28. November c.

Vormittags 10 Uhr
 vor dem Kommissar, Gerichtsassessor **Zabloski**, im Parterrezimmer Nr. 1 zu erscheinen. Nach Abhaltung dieses Termins wird gegebenenfalls mit der Verhandlung über den Konkurs verfahren werden.

Zugleich ist noch eine zweite Frist zur Anmeldung
 bis zum 24. Januar 1863 einschließlich festgesetzt und zur Prüfung aller innerhalb

dieselben nach Ablauf der ersten Frist angemeldeten Forderungen Termin

auf den 31. Januar 1863

Vormittags 10 Uhr
 vor dem genannten Kommissar anberaumt; zum Erscheinen in diesem Termin werden die Gläubiger aufgefordert, welche ihre Forderungen innerhalb einer der Fristen anmelden werden.

Wer seine Anmeldung schriftlich einreicht, hat eine Abschrift derselben und ihrer Anlagen beizufügen.

Jeder Gläubiger, welcher nicht in unserem Amtsbezirk seinen Wohnsitz hat, muß bei der Anmeldung seiner Forderung einen am hiesigen Orte wohnhaften Bevollmächtigten bestellen und zu den Akten anzeigen.

Denjenigen, welchen es hier an Bekanntheit fehlt, werden die Rechtsanwälte, Landgerichts- und Justizräthe **Donniges**, **Engelhardt** und **Gierisch** zu Sachwaltern vorgeschlagen.

Posen, den 15. Oktober 1862.
 Königliches Kreisgericht.
 Abtheilung für Civilsachen.

